Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 49 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 27. Februar 1933

Japans „Achtung“.

Als in der bedeutsamen Sitzung des Völkerbundes — das Wort „entscheidend“ zu gebrauchen sollte man vorläufig noch vermeiden, bis die Zukunft selbst darüber etwas Näheres sagt! — der japanische Vertreter in seiner Schlußansprache erklärte, Japan werde „für die Erhaltung des Friedens im Fernen Osten sorgen“, da behielt die ganze illustre Versammlung ihre toternste Miene bei. Wären es nicht „Diplomaten“ gewesen, die dort saßen, so hätten sie doch auf Grund des Beschlusses, den sie fünf Minuten später gefaßt haben, bei diesen Worten des Japaners eigentlich in ein gellendes Hohngelächter ausbrechen müssen. Denn dieser „Frieden“ hat schon Hunderttausenden das Leben gekostet, hat — und zwar nicht bloß im Fernen Osten —der Weltwirtschaft schwerste Wunden geschlagen und nur einem ihrer Teile reiche Beschäftigung gebracht: der Waffenindustrie. Und während der Japaner äußerte, seine Regierung werde weiterhin „am Wohle der Menschheit mitwirken und in völliger Aufrichtigkeit ihre Politik der Mitarbeit für den Weltfrieden fortführen“, läßt dieselbe Regierung im Verein mit der „Regierung“ von Mandschukuo auf die Städte und Dörfer der chinesischen Provinz Dschehol Bomben abwerfen und sorgt mit Tanks und schweren Geschützen für besagten Weltfrieden. Vielleicht ist der groteske Gegensatz zwischen diesem Handeln und jenem Worte zu blutig, als daß man über ihn lachen kann.

Nun aber hat sich der Völkerbund selbst in die Schußlinie der fragenden Kritik oder der kritischen Frage hineinbegeben: Was soll und was wird denn nun eigentlich praktisch und tatsächlich geschehen, nachdem jetzt der Völkerbund sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß das militärische Vorgehen der Japaner in der Mandschurei — und erst recht natürlich das außerhalb dieses Gebietes — nicht als eine legitime Verteidigungsmaßnahme zu betrachten sei! Denn damit ist Japan doch dem von ihm selbst unterschriebenen Kellogg-Pakt gemäß feierlich „geächtet“! Wer einstmals in Acht und Bann getan wurde, den konnte jeder, der ihm begegnete, ohne weiteres totschlagen. Und jetzt . . .?

Zur Zeit soll vorläufig einmal ein Völkerbundausschuß „die weitere Entwicklung des chinesisch-japanischen Streitfalles (?) überwachen, der Völkerbundversammlung jeweils darüber berichten und ihr Vorschläge machen“. Diese illustre Versammlung tritt aber jeweils im Jahre einmal zusammen; jetzt fand nur eine außerordentliche Sitzung statt! Auch Amerika und Rußland sollen zu jener Ausschuß„arbeit“ eingeladen werden. Doch gleich sei eine recht bezeichnende Einzelheit aus jener „entscheidenden“ Sitzung nachgeholt: Mit Ausnahme des Franzosen Paul-Boncour war nicht ein einziger Hauptdelegierter der europäischen Großmächte anwesend! Die Delegationen der südamerikanischen Staaten glänzten überhaupt durch Abwesenheit! Und das alles stört doch wohl die papierne „Wucht“ des Völkerbundbeschlusses einigermaßen!

Jetzt spricht man davon, daß eigentlich als geringste und doch selbstverständliche Folge jener „Achtung“ Japans die Waffenausfuhr nach dem Fernen Osten verboten und auch wirklich verhindert werden müsse. Aber die englische Waffenfabrik Vickers-Armstrong arbeitet Tag und Nacht und Schneider-Creuzot in Frankreich dürfte kaum weniger beschäftigt sein, um, wie Japans Delegierter hierzu wohl auch sagen würde, „für die Erhaltung des Friedens im Fernen Osten alle Anstrengungen zu machen“. Blutig ist das Geld, das daran verdient wird, aber es ist doch eben — Geld. Und das wiegt schwerer als jede papierene „Achtung“.

•

Zustimmung Amerikas in der Fernost-Frage.

Amerikanische Note an den Völkerbund.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch eine Note übermittelt, in der er betont, die Ziele der amerikanischen Regierung stimmten weitgehend mit denen des Völkerbundes überein. Der Völkerbund sei zu bestimmten Schlußfolgerungen gelangt, die von der amerikanischen Regierung im allgemeinen geteilt würden. Die amerikanische Regierung habe die feste Hoffnung, daß die beiden im Streit stehenden Nationen ihre Politik den Wünschen der Völkerfamilie anpassen, wonach internationale Schwierigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel geregelt werden. — Diese Note Stimsons wird in internationalen Kreisen als eindeutige Stellungnahme gegen Japan bewertet.

Scharfe japanische Note an die Völkerbundsmächte.

Die japanische Regierung hat sämtlichen Völkerbundsmächten eine Note übermittelt, die in auffallend scharfem Ton gehalten ist. Die japanische Regierung stellt fest, daß das Vorgehen der japanischen Armee seit dem Zwischenfall vom 18. September 1931 niemals die Grenzen der berechtigten nationalen Verteidigung überschritten habe und daß der mandschurische Staat ausschließlich aus dem spontanen Willen des mandschurischen Volkes hervorgegangen sei. Der Völkerbund sollte, anstatt sich auf akademische Doktrinen zu stützen, vielmehr die wahren Kräfte zur Sicherung des Friedens in diesen Gebieten der Welt achten.

Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen

Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen.

Das Reichskabinett tritt in den ersten Tagen dieser Woche wieder zusammen, nachdem der Reichskanzler von seiner Wahlreise am Montag wieder in Berlin eingetroffen sein wird.

Eine sehr wichtige Frage, die vor den Wahlen aber kaum noch spruchreif werden dürfte, ist die

Reform der Arbeitslosenversicherung,

deren Dreiteilung sich als unpraktisch erwiesen hat. Es ist aber beabsichtigt, die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Neuordnung spätestens Anfang April in Kraft gesetzt werden kann. Hier liegen zwei umfassende Gutachten vor, deren eines der frühere Arbeitsminister Syrup verfaßt hat, während das andere von dem Reichskommissar für das preußische Finanzministerium, Popitz, stammt.

Wahrscheinlich schon in dieser Woche dürfte das Kabinett Beschlüsse über die

Herabsetzung der überhöhten Gehälter

in den vom Reich subventionierten Betrieben bekanntgeben. Insbesondere die Gehälter, die in manchen Fällen das Vielfache eines Ministergehaltes ausmachen, werden eine erhebliche Minderung erfahren. Voraussichtlich wird ein Unterschied gemacht werden müssen zwischen Betrieben, die lediglich einen einmaligen verlorenen Zuschuß erhalten haben, und Betrieben, die fortlaufend subventioniert werden und unter Reichskontrolle stehen.

Über die bevorstehenden weiteren

landwirtschaftlichen Maßnahmen

hat dieser Tage bereits der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohr-Demmin, Mitteilungen gemacht. Die Umschuldung wird in absehbarer Zeit abgeschlossen werden. Weiter wird den Bauern, die eine zusätzliche Arbeitskraft einstellen, ein Barbetrag ausgezahlt, der etwa dem entspricht, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen aufzuwenden hätte. Der Appell des Staatssekretärs an die Verbraucher, möglichst deutsches Leder, deutsche Faser, deutsche Zellulose und deutsche Fette zu verwenden, wird ebenfalls in einer der nächsten Verordnungen der Reichsregierung Ausdruck finden. Die Frage der

Handelsvertragsverhandlungen

wird voraussichtlich erst nach den Wahlen grundsätzlich geregelt werden, was schon der Tatsache zu entnehmen ist, daß mit den zur Zeit in Berlin weilenden südslawischen Unterhändlern lediglich über ein Provisorium für die Zeit nach dem Ablauf des deutsch-südslawischen Handelsvertrages am 5. März verhandelt wird.

Hugenberg über Weltwirtschaftsfragen.

„Wie kann die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg führen?“

Reichsminister Dr. Hugenberg hielt eine über alle amerikanischen Sender verbreitete Rede über die Frage, wie die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg führen könne. Er führte unter anderem aus: Die bisherigen Weltwirtschaftskonferenzen mußten erfolglos sein, weil sich alle Staaten scheuten, an das Grundproblem der Weltwirtschaftskrise,

das Schuldenverhältnis der Länder untereinander,

heranzugehen. Eine neue Weltwirtschaftskonferenz kann nur dann Erfolg haben, wenn die Verhandlungen von der Erkenntnis geleitet werden, daß die jährliche Schuldsumme, die ein Staat an Zins und Tilgung abzuführen hat, einen vernünftigen Exportüberschuß des Staates nicht übersteigen darf. Seit dem Kriege ist dieses Grundgesetz des internationalen Verkehrs erschüttert. Das Bestreben der verschuldeten Länder, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, hatte eine Warenüberschwemmung aller Märkte und

eine allgemeine Erschütterung der Preise und Löhne

zur Folge, während der Goldwert stieg. Damit entstand eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Bolschewistische Strömungen, genährt in den breiten Massen durch das dumpfe Gefühl, daß da irgendwo ein großer Unsinn begangen sei und eigensinnig fortgesetzt werde, zuckten durch die ganze Welt. Die Staaten — die Volkswirtschaften im ganzen — sind die Verantwortlichen, die den Hebel umstellen müssen. Wenn sie gesunden wollen, müssen die Gläubigerländer zu den Schuldnerländern sagen: „Laßt uns einen Pakt miteinander machen, der nicht auf formellem Rechte, sondern auf Vernunft aufgebaut ist. Er soll unseren Gläubigern das erhalten, was sie noch haben, so daß sich alle Völker im natürlichen Kreislauf der Dinge wieder erholen.“

Der Wille, das internationale Übel von Schuldverpflichtungen zu beseitigen, dem keine entsprechende Möglichkeit von Wärenlieferungen gegenübersteht, ist die Voraussetzung des Erfolges einer Weltwirtschaftskonferenz.

Auf die besonderen Verhältnisse meines Volkes übertragen, heißt das, Deutschland muß in den Stand gesetzt werden, seinen Schuldverpflichtungen nachzukommen. Es muß eine Jahreszahlung deutscher Zinsen und Tilgung gefunden werden, deren Gegenwert in Waren das Ausland ohne Dumping aufnimmt. Aber das geht nur bei niedrigen Zinssätzen. Die Wiederherstellung der Kaufkraft Deutschlands liegt auch im amerikanischen Interesse.

„Zurück zu Volkstum und Muttererde.“

Hitler-Kundgebung in Nürnberg.

In der Nürnberger Festhalle am Luitpoldhain veranstaltete die NSDAP. eine Kundgebung, die von etwa 25 000 Personen besucht war. Nach dem Einzug der Sturmfahnen und der Standarte erschien Reichskanzler Hitler, von der Menge stürmisch umjubelt. Nach kurzen Begrüßungsworten des Abg. Streicher ergriff Hitler das Wort. Er führte u. a. aus:

Die Gegner fragen nach einem Programm. Wir müssen darauf antworten: Es ist nicht die Zeit, daß ihr fragt, was wir wollen, sondern es ist unser Recht zu fragen, was ihr getan habt. Die Gegner müssen heute Rede und Antwort stehen über das, was sie in vierzehn Jahren verbrochen haben.

Sie redeten im November 1918 von Schönheit, Freiheit, Würde, von Brüderlichkeit und Gerechtigkeit, Volksfrieden, Weltabrüstung und Verständigung, von Neuaufbau im Innern, von sozialem Glück. Nach vierzehn Jahren haben sie das Gegenteil von alledem zurückgelassen. Heute reden sie von Unterdrückung und jammern über Presseverbot. Vierzehn Jahre lang haben sie

uns unterdrückt und verboten

und unsere Zeitungen beschlagnahmt. Mir selbst war jahrelang das Reden untersagt. Sie redeten von sozialem Aufbau, und wir haben als Ergebnis: der Bauer ist ruiniert, der Mittelstand verelendet, ein Drittel aller Menschen ohne Arbeit. Dazu kommt die katastrophale Lage der öffentlichen Finanzen. Überall Zersetzung, überall Aushöhlung: das ist das Ergebnis dieses vierzehnjährigen Regiments.

Sie hatten die Pflicht, von selbst abzutreten. Sie wollen das nicht tun. Das deutsche Volk muß daher das Notwendige erzwingen. Ich trete nicht vor die Nation, willens, nach dem 5. März das Schicksal des Volkes wieder denen zu übergeben, die vierzehn Jahre lang gesündigt haben. Deutschland wird in die Hände dieser Verderber nicht mehr zurückkommen.

Kein Programm kann ein Volk retten, das nicht selbst einmütig denkt und einmütig handelt. Über die Stände, über Besitz und Kapital, über Reichtum und Armut, über Bildung und Beschränkung und über Konfessionen hinweg muß wieder eine gemeinsame Plattform gefunden werden. Sie kann nur liegen in der Zurückfindung zum Begriff:

Volkstum und Muttererde.

Über allem muß stehen: Deutschland als Reich, das deutsche Volk als Gemeinschaft. Ich fühle mich als Repräsentant des süddeutschen Stammes, und ich werde die Einheit des Reiches verteidigen gegen jeden Angriff. Wir schützen die christlichen Bekenntnisse, indem wir den Marxismus vernichten. Wir werden nicht dulden, daß Deutschland erneut in einen Krieg der Konfessionen verfällt. Wir kämpfen dafür, daß einmal Deutschland wieder aufersteht. Die Gegner sagen:

Sie reden von vier Jahren.

Ja, wenn ich lügen würde, wie sie es getan haben, hätte ich gesagt: Deutsches Volk, gib uns deine Stimme am 5. März, dann werden wir am 15. März eine Notverordnung zu deiner Rettung herausbringen. Das wäre einfacher gewesen. Man wird Jahre brauchen, um wieder aufzubauen, was verwüstet wurde. Die Größe der Katastrophe ist einzelnen Volksgenossen gar nicht klar. Es werden Jahre notwendig sein, um die Grunderkenntnis in das Volk hineinzupflanzen, daß maßgebend für das Gedeihen eines Volkes

die Existenz seiner Bauern

ist. Genau so muß man eintreten für den Arbeiter. Man muß den anderen Ständen klar machen, daß es ohne den Arbeiter keinen Wiederaufstieg geben kann. Als dritter muß zu dieser Gemeinschaft der Arbeiter der Stirn stoßen. Man wird sich auch loslösen müssen von den Theorien, die in der Welt alles suchen und in der Heimat nichts zu sehen vermögen. Man wird wieder eine gesunde Volkswirtschaft aufbauen, um auf ihr die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu begründen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF